

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zestellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 6909. Postcheckkonto Berlin Nr 604 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 319 A

BERLIN • Freitag, den 10. Februar 1933

2. JAHRGANG

Angriffspakt als Grundlage der Einheitsfront.

AUS DEM INHALT:

**Die Industrie der Massenmorde.
Görings Regierungsversuche in Schweden.
Die braunen Banditen.
Wie die Polizei Mörder sucht.
Krisen-Wirtschaft der Republik Spanien.**

Vor dem neuen Wettrüsten.

Schafft die Einheitsfront gegen den Krieg!

H.M. Die „Generaldebatte über den französischen konstruktiven Plan“ ist in Genf mit der Rede des französischen Außenministers, Paul-Boncour, beendet worden. Es braucht kaum noch erwähnt zu werden, daß nach Ende dieser Debatte sich die Aussichten für die Verwirklichung dieses Planes noch mehr verringert haben — wenn das gegenüber dem Stande vor Beginn der Debatte überhaupt noch möglich war.

Vertreter der meisten europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten haben zu dem französischen Plan Stellung genommen. Auf ihre einzelnen Argumente dafür und dagegen einzugehen, erübrigt sich, da im wesentlichen dasselbe gesagt wurde, was bereits seit einem Jahr zur Tarnung des bei den meisten Mächten vorwiegenden Interesses: der Erhaltung ihrer Wehrmacht, vorgebracht wird. Von Wichtigkeit ist lediglich die Stellung der Fronten.

Unterstützt wurde der Plan eigentlich nur von der Tschecoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Griechenland.

Belgien, das sonst zu der französischen Gruppe in Genf gehört, distanzierte sich etwas von Frankreich, indem es ein Abkommen, an dem England nicht beteiligt sei, ablehnte, außerdem auch einen Teil der französischen Vorschläge über die Internationale Armee.

Auch der polnische Gesandte rückte von dem französischen Plan ab, was in Genf eine erhebliche Sensation hervorrief. Er erklärte, politische Abmachungen als Vorbedingung für die Abrüstung ablehnen zu müssen und forderte die sofortige Herbeiführung greifbarer Abrüstungsverträge. Angeblich hat Paul-Boncour den polnischen Vertreter nach dieser Rede sofort veranlaßt, sich in Warschau telefonisch neue Instruktionen über sein Verhalten einzuholen; aber es half nichts: Außenminister Beck bestätigte die in Genf vertretene Auffassung. Dieses plötzliche Abrücken der polnischen Regierung von der französischen wird von mancher Seite, und vielleicht nicht zu Unrecht, damit begründet, daß die polnische Regierung befürchtet, wenn erst einmal über Sicherheit und Ostlocarno verhandelt würde, auch die Frage der Revision der deutsch-polnischen Grenze in den Rahmen internationaler Verhandlungen rücken würde.

Die britische Regierung, vertreten durch Staatssekretär Eden, nahm nicht offen zu dem französischen Plan Stellung. Sie erklärte, die bestehenden Sicherheitsgarantien könnten als hinreichend betrachtet werden, die britische Regierung habe sich durch den Locarno-Vertrag bereits sehr gebunden und

könne sich unter keinen Umständen in Europa noch weiter durch die Uebernahme von Sicherheitsgarantien belasten,

hätte aber nichts gegen den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Konsultativpakt, vorausgesetzt daß die Vereinigten Staaten sich auch daran beteiligten. Ferner forderte Eden die schnelle Herbeiführung einer Herabsetzung der Rüstungen — weil die Steuerlasten bereits zu drückend seien!

Gibson, der Vertreter der Vereinigten Staaten, erklärte, seine Regierung könne zu dem Plan erst Stellung nehmen, wenn ein Abkommen zwischen den europäischen Staaten erzielt worden sei, durch das die diese Staaten angehenden Fragen geklärt würden.

Abgelehnt wurde der französische Plan hauptsächlich von den Vertretern Deutschlands, Italiens, Oesterreichs, Ungarns, Hollands und Spaniens.



W—er. Die „Rote Fahne“ vom Donnerstag erörtert in längeren Ausführungen auf der ersten Seite, wie das in Zeiten, wo die Arbeiter mit Recht eine geschlossene Front der Arbeiterorganisationen verlangen, verständlich ist, die Bedingungen der Einheitsfront. Sie geht zunächst darauf ein, daß diese Einheitsfront von den Sozialdemokraten unter dem neuen Schlagwort „Nichtangriffspakt“ propagiert wird. Mit Recht liest man in der „Roten Fahne“ gleich am Anfang der Betrachtungen:

„Aber wir glauben, daß die Stunde gekommen ist, wo es gilt, mehr zu sagen, wo es notwendiger denn je ist, die Frage der proletarischen Einheitsfront so zu stellen, daß jedes klassenverräterische Manöver, daß jede Ausflucht und jede Zweideutigkeit an dieser Fragestellung scheitern muß.“

Das ist ein unbedingt löblicher Vorsatz. Stellen wir die Frage also so! Die „Rote Fahne“ teilt als wirklich interessante Neuigkeit mit:

„So ist den Arbeitern bisher noch unbekannt, daß ein Redakteur des sozialdemokratischen holländischen Blattes „Het Volk“, angeblich autorisiert durch die Führer der II. Internationale, vor wenigen Tagen an den Reichstagsfraktionsvorsitzenden unserer Partei, den Genossen Torgler, herantrat, um ihm „Spitzenverhandlungen“ zwischen der II. und III. Internationale, zwischen der SPD- und KPD-Führung nahebringen.“

Aus der höhnischen Inhäkchensetzung des Wortes „Spitzenverhandlungen“ in der „Roten Fahne“ glauben wir entnehmen zu dürfen, daß der Genosse Torgler diese Anregung also zu den Akten gelegt hat, und die weiteren Ausführungen der „Roten Fahne“ bestätigen dies: Sie fragt mit Recht zunächst:

„Sollen wir über einen Nichtangriffspakt verhandeln, wonach man die entfaltete faschistische Diktatur in Deutschland sich „von selbst abwirtschaften“ lassen müsse, daß man Hitler erst zeigen lassen müsse, was er zu leisten imstande sei, daß erst dann der Tag des Kampfes gekommen sei, wenn die Hitler-Regierung den Rechtsboden der Verfassung verlassen habe? ... Das Blut der gemeuchelten SPD- und KPD-Arbeiter ist uns teurer als die abwartende Politik der SPD-Führer, es der Hitler-Diktatur zu ermöglichen, sich erst verfassungsgemäß auf dem Boden des Rechts zu festigen, danach den Staatsapparat auszubauen, um dann vernichtend gegen das Proletariat loszuschlagen.“

Niemand, der die Einheitsfront des Proletariats wirklich zur Niederringung des Faschismus erstrebt, wird zufrieden sein,

wenn als einziger Gegenstand der Einheitsfrontverhandlungen auf der Tagesordnung steht, daß die großen politischen Parteien einander im Wahlkampf nicht angreifen.

Selbstverständlich soll die Einheitsfrontaktion dem aktiven Kampf dienen, dem Angriff, und zwar dem Angriff auf die Unterdrückungsmaschinerie des Faschismus, dem Angriff gegen den Lohnraub, dem Angriff gegen die kapitalistischen Ursachen der Arbeitslosigkeit. Mag sein, daß manche sozialdemokratischen Führer diesen Angriff nicht wollen — Tatsache aber ist, daß die sozialdemokratischen Führer jedenfalls heute nicht sagen dürfen: Wir wollen diesen Angriff nicht! Sie müssen heute wenigstens mit Worten erklären, daß sie bereit seien, für die Arbeiterschaft zu kämpfen. Bei diesem Wort und bei den vorläufig noch bescheidenen Versuchen, wirkliche Kampfmaßnahmen zu ergreifen, muß die sozialdemokratische Führerschaft gepackt werden. Wenn sie als Bedingung dazu zunächst einen Nichtangriffspakt der Parteien untereinander vorschlägt,

so vergibt sich die Führung der KP gar nichts, wenn sie auch einen solchen Nichtangriffspakt mit den andern Arbeiterorganisationen schließt.

In seiner abschließenden Rede sagte Paul-Boncour (wenn die Zusammenfassung seiner Rede, die der deutschen Presse zugegangen ist, keine wichtigen Stellen fortläßt) nichts wesentlich Neues. Er betonte wieder die enge Verbindung von Sicherheit und Abrüstung. Das Wort „Gleichberechtigung“ sprach Paul-Boncour zwar nicht aus, nahm zu der Frage aber mit der Erklärung Stellung, die auf Grund des Friedensvertrages durchgeführte Abrüstung

Wenn die Laumänner nicht fortwährend darauf hinzeigen können, wie ausweichend die Führung der KP Verhandlungen gegenüber ist, auf denen wirklich von Organisation zu Organisation beraten werden soll, was zu geschehen hat, dann ist es auch

weit schwieriger, die wirklich aktiven und richtigen Forderungen der KP zusammen mit ihrer Methode, sie zu vertreten, in den Papierkorb zu werfen.

Denn die Methode der KP ist noch immer nicht in Ordnung! Die erwähnte „Rote Fahne“ beweist dies wieder. Sie redet um das, was ihr die Hauptsache ist, herum. Sie möchte, daß die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter die Parolen der Kommunistischen Partei befolgen. Daß sie „Ueber die Sabotage ihrer Führer hinweg gemeinsam mit der KPD handeln!“

Die „Rote Fahne“ muß zunächst begreifen, daß sie mit dieser Forderung die anständigsten Regungen innerhalb der Arbeiterschaft zertrampelt:

Niemand genießt Ansehen, und niemand verdient es auf die Dauer, der in einer bestimmten Partei organisiert ist und die Parolen einer anderen befolgt, deren Führer die von ihm erwählten Führer fortdauernd in den massivsten Ausdrücken herabwürdigt.

Entweder die Kennzeichnung der sozialdemokratischen Führer durch die KPD ist richtig und die KPD entschließt sich außerdem, mit diesen Führern niemals mehr zu sprechen, dann muß sie unzweideutiger Weise erklären:

Es gibt keine Einheitsfront!

Denn was dann noch übrig bleibt an Aktionen für eine Vergrößerung der kommunistischen Massenbasis sind bloße Werbefeldzüge für die KP. Oder aber die KP sieht ein, daß ihre Massenbasis ungeheuer schmal ist, und zwar so schmal, wie das ihre selbständigen Aktionen des Generalstreiks und der RGO-Politik bewiesen haben. Und sie sieht ein, daß die Zeit drängt und daß das Proletariat zu Handlungen kommen muß, bevor die überwiegende Kraft des Proletariats organisatorisch auf die Seite der KPD getreten ist, dann muß der Kampf so geführt werden, daß man unter Verzicht auf Erörterungen der letzten prinzipiellen Unterschiede nur die Schritte gemeinsam erörtert, über deren Notwendigkeit sich Führer der SPD und der KPD, der freien Gewerkschaften und vieler anderer Organisationen einig sind.

Eine solche Aktion zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Arbeiterorganisationen über die heute von allen für richtig gehaltenen Schritte sowie die entschlossene Inangriffnahme dieser Schritte, das ist eine Einheitsfrontaktion.

Die KPD und auch die SPD möchten vorläufig noch beides: sie möchten gern den Willen der Arbeiterschaft zur Einheitsfront ausnutzen, die Arbeiter der anderen Partei zu Anhängern der eigenen zu machen. Dieser unehrliche Zug einer schlechten und unzeitgemäßen Reklame vergiftet vorläufig noch jede Proklamation über die Einheitsfront, die von maßgebender sozialdemokratischer und kommunistischer Seite ergeht. Hier kann nur helfen eine Abkehr von alten und verkehrten Methoden und eine Rückkehr zur Eindeutigkeit und proletarischen Anständigkeit. Wie die „Rote Fahne“ selber schreibt:

„Jedes klassenverräterische Manöver, jede Ausflucht und jede Zweideutigkeit muß an dieser Fragestellung scheitern!“

Ein Druck in dieser Richtung kann am ehesten ausgeübt werden von den Genossen in der betreffenden Partei selber. Die kommunistischen Genossen sollten ihre Führer, die sozialdemokratischen ihre und die freigewerkschaftlichen Kollegen ihre Führer zur Rede stellen, wenn sie sehen oder lesen, daß diese den Boden der Eindeutigkeit verlassen und sich auf den bequemeren der Ausflüchte begeben.

einiger Staaten bedeute die Vorbedingung und Zusage der Herabsetzung der Rüstungen, die nur in Etappen durchgeführt werden könne.

Litwinoff, der sowjetrussische Außenkommissar, erklärte, die Sowjetunion vertrete den Standpunkt, daß die einzige wirkliche Sicherheit in der vollständigen Abrüstung liege, wolle aber, da ein Sicherheitsplan vorliege, dazu Stellung nehmen. Der Plan schließe in keinem seiner Teile

die Sowjetunion ein. Trotzdem wollte er darauf eingehen, daß nach dem französischen Plan die beteiligten Staaten gewisse Verpflichtungen übernehmen, für deren Erfüllung es von Wichtigkeit sei,

einwandfrei festzustellen, wer in einem Konflikt der Angreifer sei.

Litwinoff schlug eine Definition hierfür vor. Danach soll als Angreifer gelten, wer mit oder ohne Kriegserklärung, ohne die Zustimmung der Regierung eines anderen Staates, diesen mit bewaffneten Streitkräften überfällt oder von Land, See oder Luft bombardiert. Keinerlei wirtschaftliche oder politische Interessen — die in der Erklärung Litwinoffs einzeln aufgeführt sind — auch keine Revolution in einem anderen Lande rechtfertigen einen Angriff in dem oben definierten Sinne.

Das erste was z. B. in England an diesem Vorschlag Litwinoffs aufgefallen ist, ist, daß er ganz darauf eingestellt ist, Japan zum Angreifer zu stempeln. Das stempelt wahrscheinlich auch den Plan Sowjetrußlands zum Fehlschlag.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ist jetzt bis zum Beginn nächster Woche vertagt worden. Dann wird wahrscheinlich der französische und der englische Plan gleichzeitig zur Beratung stehen.

Das einzige Interesse, das alle Staaten in Genf jetzt bewegt, ist das: schnell Schluß zu machen. Bis Ostern — so wird behauptet — wollen die Diplomaten noch mitmachen, nicht länger! Die französische Regierung wünscht angeblich so Schluß zu machen, daß die bisher erzielten „Ergebnisse“ der Konferenz auf dem Gebiet des Verbots des Gaskrieges, des Bombenwurfs und der Kontrollfrage in *Richtlinien* zusammengefaßt werden und die Konferenz bis 1938 vertagt wird. Außerdem werden sich in der Frage der „Vereinheitlichung“ der europäischen Armeen vielleicht noch Ergebnisse erzielen lassen, obwohl die französische Regierung die Schaffung eines Heeres mit kurzer Dienstzeit zum Ersatz der Reichswehr fordert, die deutsche Regierung aber ein solches Heer zu der Reichswehr hinzuzufügen wünscht.

Die deutsche Regierung fordert, daß sofort „ihre durch die einseitige Entwaffnung verloren gegangene Sicherheit durch die Abrüstung der anderen Staaten oder durch die Anbahnung eines wirklichen Rüstungsausgleichs wiederhergestellt werde“. Die britische Regierung wünscht die Konferenz auf einem Punkt zu vertragen, der irgendwo zwischen den Forderungen Deutschlands und denen Frankreichs liegt, und eine allmähliche Angleichung der Rüstungen vorsieht.

Jedenfalls ist die Lage so, daß die britische Regierung wieder die ihr so liebe Vermittlerrolle aufgenommen hat, in einer Frage, mit der sie selber nichts zu tun haben will. Diese ganze Vermittlertätigkeit kann aber die Lage nicht klären; denn das Ziel, das die britische Regierung verfolgt, ist nicht die deutsch-französische Verständigung, sondern die Schaffung für England günstiger Machtverhältnisse in Europa.

Genau so wie seit dem ersten Tage, an dem die Vertreter der deutschen Regierung ihre „Gleichberechtigungs“-Forderung angemeldet haben, ist die Frage auch heute noch:

Wie ist die französische Sicherheit mit der deutschen „Gleichberechtigung“ zu vereinbaren?

Diese Frage zu lösen ist in Genf am 12. Dezember übergangen worden, *wohlwollend* übergangen worden; denn damals wollte man sich nicht streiten, sondern ein Abkommen schließen, durch das Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückgebracht werden konnte. Nach dem Beginn der Konferenz ist diese Frage wieder übergangen worden, Paul-Boncour erörtert sie nicht, fordert nur nach wie vor Sicherheit, und die deutschen Vertreter fordern nach wie vor „Gleichberechtigung“ und so reden die Diplomaten umeinander herum.

Die britische Regierung kann mit ihrem Vorschlag weder Paul-Boncour darüber hinwegtäuschen, daß eine Aufrüstung Deutschlands darin vorgesehen ist, noch läßt sich vor Hitler und seinen Regierungsfreunden verheimlichen, daß dieser Plan nur eine sehr allmähliche Durchführung der „Gleichberechtigung“ vorsieht. Der Plan schafft also weder „Gleichberechtigung“ noch Sicherheit und läßt die Frage, die einzig und allein zwischen der französischen und der deutschen Regierung bereinigt werden kann, weiter offen.

Daß diese Frage bereinigt wird, ist jetzt unwahrscheinlicher als je: Die zunehmende Festigung des nationalen Regimes in Deutschland hat die Sicherheitsforderungen Frankreichs verschärft und die „Gleichberechtigungs“-Forderung in Deutschland stärker hervortreten lassen. In einem Augenblick, in dem eine deutsche Zeitung, die mindestens als offiziös angesehen wird, offen schreibt, man müsse den Wahn einer deutsch-französischen Verständigung endgültig aufgeben, kann das Ergebnis des Genfer Geschwätzes nichts anderes sein als ein neues und verschärftes Aufrüsten, an dem auch Deutschland beteiligt sein wird.

Darüber ist sich in Genf niemand mehr im Zweifel und der ganze Endkampf dort geht allein um die Frage:

wen kann man vor der Welt als den Schuldigen am Scheitern der Abrüstungskonferenz hinstellen?

Diese Frage ist in der Tat für sie von Bedeutung und wird die Diplomaten bis zum Abschluß der Konferenz wahrscheinlich voll in Anspruch nehmen.

Das holländische Kolonialreich in Empörung.

Die Tatsache, daß es der holländischen Regierung trotz des großen Aufgebots von Kriegsschiffen, Torpedobooten und Fliegern noch immer nicht gelungen ist, des Ausreißer-Schiffes habhaft zu werden, oder es auch nur zum Kampf zu stellen, deutet darauf hin, daß

die holländischen Kolonialherren sich einem stärkeren Gegner gegenüber sehen, als ein paar meuternden Matrosen der „Zeven Provincien“.

Dafür spricht auch, daß nun schon zum zweiten Mal das Regierungsschiff, auf dem der Kommandant des meuternden Schiffes selber die Verfolgung leitet, durch ein anderes ersetzt worden ist. Der erste Wechsel wurde mit Mangel an Heizungsmaterial erklärt; der zweite wird kommentarlos gemeldet.

Inzwischen werden auch andere Tatsachen bekannt, die dafür sprechen, daß

im ganzen holländischen Kolonialreich der Geist der Empörung und des Aufruhrs in der eingeborenen Bevölkerung wächst

und daß die Regierung ihm nur durch immer schärfere Repressalien beizukommen weiß. Wie die mit solchen Maßnahmen warm sympathisierende „Berliner Börsen-Zeitung“ aus dem Haag erfährt, sind von der Regierung Anordnungen

Was dabei herauskommt, ist für die Arbeiterschaft vollkommen gleichgültig. Nach wie vor der Abrüstungskonferenz steht sie vor der Aufgabe, die ihr von keiner Versammlung kapitalistischer Diplomaten abgenommen wird:

durch eine geeinte internationale Abwehrfront die Sicherheit für den Frieden zu schaffen.

Die kapitalistische Abrüstungskonferenz, in die manche Mitglieder der II. Internationale Hoffnung setzten, schlug fehl und der proletarische Amsterdamer Kongreß, in den viele Anhänger der III. Internationale und anderer proletarischer Organisationen einige Hoffnung setzten, schlug auch fehl. Die verschärfte Situation, in der wir uns heute befinden, macht einen neuen Versuch erforderlich, an dem die Gewerkschaftsinternationale, die II. und die III. Internationale beteiligt sind und alle anderen proletarischen Kampforganisationen.

Schafft Einheit gegen den Krieg!

getroffen, wonach Regierungsgebäude und Kasernen verschärft bewacht werden sollen; die bewachenden Posten haben angeblich den Auftrag, verdächtige Personen höchstens einmal anzurufen, entfernen sie sich nicht sofort, so soll scharf geschossen werden, und zwar

nicht, wie bisher, auf die Beine, sondern auf den Unterleib der Verdächtigen!

Bereits Ende Januar hat der Kommandant der Marinestreitkräfte den Befehl herausgegeben, daß Offiziere und Unteroffiziere ständig den geladenen Revolver bei sich zu führen haben.

Natürlich sind es — nach Lesart der Reaktion — lediglich bolschewistische Intrigen, die durch böswillige Verhetzung die sonst unbegreifliche Empörung der Kolonialbevölkerung und insbesondere der eingeborenen Truppen hochgepeitscht haben. Einige ganz schlaue Redakteure sind dahinter gekommen, daß man offenbar in Rußland beschlossen habe, den Angriff nun auf Holland und seine Kolonien zu konzentrieren, da in Deutschland doch nichts mehr zu holen sei. Beweis — man höre und staune: Der Aufruhr auf der „Zeven Provincien“ fällt zeitlich fast genau mit dem Antritt der Hitler-Regierung zusammen! Sie merken aber auch alles!

Die Militärdiktatur in Rumänien.

Während „zuständige Stellen“ sich bemühen, die Nachricht zu verbreiten, der Belagerungszustand in Rumänien würde außerordentlich „liberal und sozial“ gehandhabt und sei überhaupt nur eine Vorsichtsmaßregel, spricht das Amtsblatt, in dem die Ausführungsbestimmungen für den Belagerungszustand veröffentlicht werden, eine offenere und deutlichere Sprache.

Das Erscheinen von Büchern, Broschüren und ähnlichen Veröffentlichungen ist nur mit Genehmigung des herrschenden Korpskommandanten gestattet. Dagegen erscheinen Tageszeitungen und Zeitschriften frei. Die Herausgeber und Autoren werden persönlich für den Inhalt haftbar gemacht und können mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bis zu sechs Jahren bestraft werden. Das Tragen nicht-staatlicher Uniformen ist verboten, der Bevölkerung wird außerdem befohlen, soweit sie nicht im Besitz von Waffenscheinen ist, alle Waffen an die militärischen Befehlshaber abzuliefern. Außerdem sind Umzüge unter freiem Himmel verboten und eine Anzahl von Bestimmungen gegen die Versammlungsfreiheit erlassen worden.

Aufschlußreich ist ferner ein Dementi der rumänischen Regierung: eine Militarisierung von Eisenbahnen und Post sei nicht geplant, die militärische Bewachung der Bahn-

linien sei nur im Rahmen des Ausnahmezustandes erforderlich.

All diese Maßnahmen, wir erinnern noch einmal daran, sind lediglich deshalb erlassen worden, weil die Arbeiter es gewagt haben, für die Auszahlung von Lohnrückständen zu streiken!

Unter dem Schutz der Bajonette einerseits und des Genfer Finanzprotokolls andererseits wird die Regierung, so nimmt die Presse allgemein an, ihre schnelle Niederlage finden. Es wird damit gerechnet, daß es auch mit der Herrschaft der nationalzaranistischen Partei zu Ende sein wird, und daß die Liberalen, trotz der geringen Sympathie, die sie beim König genießen, die Erbschaft antreten werden.

Herriot zur Innen- und Außenpolitik. Für eine Regierung nationaler Konzentration.

Vor der radikalsozialistischen Kammerfraktion verwarf sich Herriot zwar gegen die von den Sozialisten verbreiteten Gerüchte, er wolle die Mehrheit der Linken unterhöheln und eine Konzentrationsregierung zustandebringen. In derselben Rede bestätigte er jedoch die Richtigkeit dieser Gerüchte, indem er sagte, er wolle der Regierung Daladier eine möglichst große Mehrheit sichern; wenn er selber Chef der Regierung gewesen wäre, hätte er die Unterstützung der Sozialisten abgelehnt.

Es besteht also kein Zweifel mehr darüber, daß Herriot die nationale Konzentration zustandebringen kann. Angesichts des Einflusses, den er in französischen republikanischen Kreisen hat und angesichts seiner Stellung als Führer der radikalsozialistischen Partei und Kammerfraktion ist zu befürchten, daß ihm dies demnächst gelingen wird.

Daß die Aussichten hierfür jetzt viel größer sind als noch vor einiger Zeit, hängt eng mit der Entwicklung in Deutschland und in Genf zusammen. Wenn z. B. Deutschland militärisch aufrüstet, wird die Reaktion in Frankreich auf eine Stärkung der französischen Militärmacht drängen und dafür wäre eine Linksregierung ungeeignet.

In der „Ere Nouvelle“ schreibt Herriot, die Lage in Deutschland sei sehr beunruhigend, es sei nicht daran zu zweifeln, daß

Hitler vom Auslande unterstützt

werde, die französische Regierung habe darüber eigentümliche Informationen erhalten. Jugoslawien und Polen seien sehr beunruhigt.

Herriot kündigte ferner an, daß der schärfer werdende Kampf der deutschen Regierung gegen den Kommunismus zu einer

französisch-russischen Annäherung

führen könne, und daß den französischen und russischen Botschaften in Moskau und Paris demnächst wieder Militäratattachés beifügt werden würden.

Der Kampf zwischen den kapitalistischen Mächten ist also bereits an einem solchen Siedepunkt angelangt, daß auf beiden Seiten, in Deutschland und in Frankreich, großer Wert auf die Freundschaft des bolschewistischen Rußland gelegt wird. Welch untrügliches Zeichen unmittelbarer Kriegsgefahr!

7 Arbeiter im Steinbruch verschüttet.

In Nord-Carolina, in den USA, ereignete sich in einem Kalksteinbruch ein Unglück, bei dem 7 Arbeiter in 60 Metern Tiefe verschüttet wurden. Es besteht keine Hoffnung auf Rettung der Arbeiter.

Die Industrie des Massenmords.

Der unwirtschaftliche Pazifismus der schwedischen Regierung.

Bekanntlich hat die schwedische Regierung, ohne auf den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz zu warten, bereits begonnen, ihre Wehrmacht zu liquidieren, da sie nicht die Absicht hat, Krieg zu führen. Die schwedische Regierung will aber weiter gehen und durch

die Verstaatlichung oder wenigstens die Kontrolle des Exports von Kriegsmaterial

die Förderung neuer Kriege durch die Rüstungsindustrie verhindern. Hierzu nimmt die „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ (die auch zu den Zeitungen gehört, die liberal sind, solange der Geldbeutel dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen wird) in einem Artikel Stellung.

In dem Aufsatz heißt es, die Frage sei in der schwedischen Öffentlichkeit bisher vorwiegend aus pazifistischen und wehrpolitischen Gesichtspunkten erörtert worden. Der Verfasser als Vertreter der schwedischen Eisenindustrie halte es für seine Aufgabe, auch auf

die wirtschaftliche Seite der Frage

hinzuweisen. Der beste Stahl sei schwedisch. Auf keinem anderen Gebiet würden so hohe Anforderungen an die Produkte der Eisenindustrie gestellt wie bei der Herstellung von Kriegsmaterial.

Die Marineverwaltungen seien die besten Abnehmer des schwedischen Roheisens gewesen.

Noch heute bedeuteten diese regelmäßigen Ankäufe Lichtpunkte in der trostlosen Lage der schwedischen Roheisenausfuhr. Wenn die Kontrolle oder gegebenenfalls das Exportverbot auf dieses wertvolle Gebiet von Rohwaren, von Halb- und Fertigfabrikaten erstreckt werden solle, würden sich hieraus zweifellos neue wirtschaftliche Konsequenzen ergeben.

Die internationale Abrüstung sei bisher nur eine ungewisse Zukunftshoffnung;

selbst wenn man nicht an Abrüstung denke, seien die gegenwärtigen militärischen Organisationen Abnehmer von großen Mengen von Material. Die militärische Ausrüstung bestehe selbst in Friedenszeiten zum großen Teil aus Verbrauchsmaterial.

Aus ideellen Gesichtspunkten sei es vielleicht wünschenswert, diese Produktion auf andere Gebiete umzulegen. Aber hierfür seien kaum neue Absatzmärkte zu finden. Es handele sich bei der Verstaatlichung oder Begrenzung des Exportes nicht nur um eine Frage der Friedens- oder Wehrpolitik und nicht nur um ein wirtschaftliches Problem, sondern auch wegen der Versorgungsmöglichkeiten um eine soziale Frage.

Wenn Vertreter der Schwerindustrie von „sozialen“ Fragen reden, ist es immer faul. Sie hoffen damit die unwirtschaftlich-pazifistisch denkende sozialdemokratische Regierung zu betören, die sich von „ideellen Gesichtspunkten“ leiten läßt, während doch — zum Heil der Rüstungsindustrie — „die internationale Abrüstung bisher nur eine ungewisse Zukunftshoffnung“ ist.

Inzwischen steckt sie mit Befriedigung den Ertrag der internationalen Aufrüstung ein, die eine Tatsache der realen Gegenwart ist. So wird oben berichtet, daß die schwedische Firma AB. Flygindustri 5 Marine-Aufklärungsflugzeuge nach Portugal geliefert hat.

11 1/2 Millionen Dollar für die amerikanische Kriegluffahrt.

Die amerikanischen Armeeluftstreitkräfte vergeben im ersten Halbjahr 1933

nach den hierfür vorgesehenen Etatsmitteln an die Luftfahrtindustrie Aufträge für 238 neue Militärflugzeuge. Es handelt sich bei diesen Aufträgen um Ersatz für veraltete Flugzeuge. Der Wert der zu vergebenden Aufträge beläuft sich auf insgesamt 11 1/2 Millionen Dollar.

Der Ferne Osten, der gute Markt der Mordindustrie.

Im Herbst erteilte die chinesische Regierung den italienischen Fiat-Werken einen Auftrag für 20 Bombenflugzeuge. Die ersten sechs Flugzeuge dieser Bestellung trafen Mitte Januar in Schanghai ein und wurden sofort nach Hangchow weiterexpediert.

Ein unbequemer Jesuit.

Streit im Jesuitenorden.

Die folgenden Angaben sind einem kleinen im Verlag Rasmussen in Paris erschienenen Buche: „Le Général des Jésuites Pie XI, et le cas Bremer“ entnommen, das in mehr als einer Hinsicht ein interessantes Licht auf die Zustände in der „Avantgarde“ des Katholizismus wirft.

Bei dem „Fall Bremer“ handelt es sich kurz um folgendes: Der Jesuitenpater Bremer des Klosters Valkenburg wollte 1918 in zweiter Auflage ein Buch veröffentlichen, das den Lehrmeinungen bestimmter Jesuiten entgegengesetzt ist. Und zwar handelte es sich für Bremer darum, zu zeigen, daß die Jesuiten seit 150 Jahren irrtümlicher Weise annehmen, daß Verbindlichkeit eines Gesetzes da nicht besteht, wo nicht nur in bezug auf die Gültigkeit der Gesetze, sondern auch in bezug auf die Anwendbarkeit des Gesetzes in einem besonderen Falle Zweifel bestehen. Bremer wollte also in seinem Buch bewiesen haben, daß nach den ursprünglichen Kirchenlehren, insbesondere denen des Thomas von Aquino nur dann keine Verbindlichkeit besteht, dem Gesetz zu folgen, wenn dessen Bestehen selber in Zweifel gezogen worden ist. Es handelt sich also um einen für die Anwendung nicht unwesentlichen Fall.

Bremer wurde die Erlaubnis zur Veröffentlichung dieses Buches nicht gegeben, und zwar mit der Begründung, daß er sich darin zu den Auffassungen führender Jesuiten in Widerstreit gesetzt habe. Hiergegen erhob Bremer Einspruch, da nach dem Kanon der katholischen Kirche diese Erlaubnis nur dann verweigert werden darf, wenn die beabsichtigte Veröffentlichung gegen die „Dogmen und gemeinsamen Lehren der Kirche“ verstößt. Die Meinungen einzelner Personen dürfen bei der Beurteilung nicht mit in die Wagschale geworfen werden. Der Einspruch Bremers wurde abgewiesen: Der General des Jesuitenordens erklärte, daß zwölf führende Jesuiten sich einstimmig gegen die Veröffentlichung ausgesprochen hätten, da die in dem Buch vertretene Doktrin falsch sei. Bremer war mit dieser Entscheidung nicht zufrieden, einmal weil acht jener Jesuiten die Auflage von 1918 nie gesehen hatten, sondern nur die erste, vom Jahre 1912, und von den übrigen vier einer sich für die Veröffentlichung ausgesprochen habe. Ferner aber auch darum, weil Bremer darauf bestand, daß, um mit Thomas von Aquino zu reden „eine Theorie nur richtig ist, wenn sie in Übereinstimmung mit der Vernunft ist“ und „ein Beweis, der sich nur auf die Autorität gründet, unter allen Beweisen der schwächste ist“.

Man sieht also, der Jesuitenpater Bremer wollte innerhalb seines Ordens und der Kirche, mit deren grundlegenden Doktrinen bewaffnet, gegen die Autorität der Oberen ankämpfen. Es wird sich gleich zeigen, wie schlecht ihm dies bekommen ist.

Nach dem Kanon seiner Kirche stand es dem Jesuitenpater Bremer nur offen, sich an den Päpstlichen Stuhl zu wenden, was er auch sofort tat. Statt sich mit seiner Angelegenheit zu beschäftigen, hüllte sich diese oberste Instanz in Schweigen, und zwar in solchem Maße, daß Bremer trotz wiederholter Eingaben von 1921 bis 1929 keine einzige Antwort erhielt. So wurde die Frage der Berechtigung des Druckverbots niemals entschieden.

Inzwischen aber tauchten für Bremer neue Schwierigkeiten von anderer Seite auf. Bremer wollte in Valkenburg seine Arbeiten über die einmal begonnenen theologischen Fragen fortsetzen. Der Jesuitengeneral suchte ihn mit allen Mitteln daran zu hindern, insbesondere, indem er ihm an anderer Stelle andere Arbeiten übertrug. Bremer, kam diesen Anordnungen nicht nach. Er erklärte, daß seine gegenwärtige Arbeit im Interesse des Ordens wichtiger sei. Er verstieß also gegen die Regel des Gehorsams, der sich alle Jesuiten unterwerfen müssen. Zu seiner Verteidigung führte

er aus, daß die Ordensgelübde nur Gehorsam im Rahmen der Vorschriften der Kirche und der Satzungen des Ordens verlangen, während es sich hier um einen persönlichen Willkürakt des Generals handle. Der General antwortete auf diese Verteidigung nicht — bestand aber nicht auf der Ausführung seiner Anordnung!

Inzwischen wurden Bremer von seinem Kloster die Veröffentlichung aller seiner weiteren Schriften verweigert, sodaß er sich — wozu er berechtigt war — die Druckerlaubnis in anderen Provinzen des Jesuitenordens besorgte, was den Oberen des Klosters Valkenburg dazu veranlaßte, alle Werke Bremers, deren er habhaft werden konnte, mit Beschlag zu belegen. Da ereignete es sich, daß im Jahre 1921 der Rektor Kempf eben dieses Klosters eine größere Summe Geldes in Dollars und Pfunden für Messen erhielt. Dieses Geld hätte er an die Priester weitergeben sollen, die in Deutschland jene Messen abhielten. Statt dies zu tun, zahlte er ihnen nur den in Deutschland üblichen Satz und behielt den ganzen Kursgewinn (der wegen der deutschen Inflation sehr hoch war) für sich. Gegen diesen Mißbrauch wandte sich Bremer in einem Aufsatz für die Zeitschrift „Pastor Bonus“ in Trier. Sein Aufsatz wurde lange nicht gedruckt, da Kempf wochenlang die von dem Verleger an Bremer gesandten Korrekturabzüge unterschlug und schließlich dem Verleger die Veröffentlichung untersagte. Bremer beschwerte sich beim Jesuitengeneral, wiederum ohne Antwort zu erhalten. Schließlich ließ Bremer seinen Aufsatz doch drucken, da er von früher her eine Druckerlaubnis besaß. Natürlich warf der General daraufhin Bremer Ungehorsam vor und erklärte, die Zensur in Rom habe gegen die Veröffentlichung dieses und anderer Artikel entschieden. Bremer protestierte: Ein solcher Bescheid der Zensur sei ihm nie zugestellt worden, auch habe er ein Recht, die Gründe zu erfahren, aus denen man ihm die Erlaubnis verweigert habe. Keine Antwort.

Weitere Manuskripte, die Bremer an seinen Verleger in Trier sandte, ließ der General durch einen seiner Untergebenen aus der Redaktion des „Pastor Bonus“ wegholen und unterschlagen. Auf alle Beschwerden wegen des Diebstahls seiner Manuskripte erhielt Bremer wie immer keine Antwort. Pater Scheid, der die Manuskripte aus der Redaktion geholt hatte, ließ trotz wiederholter Mahnung in eingeschriebenem Brief nichts von sich hören. Das war im Jahre 1922. Schließlich erklärte der Provinzialoberste im Mai 1924, die Manuskripte müßten wohl in der Post verloren gegangen sein.

Aus dieser Beschreibung wird klar, was ja auch nicht weiter überraschend ist, daß die Oberen des Jesuitenordens zu immer gewagteren Mitteln Zuflucht nehmen müssen, nachdem sie sich einmal entschlossen haben, unter allen Umständen auf ihrer Autorität zu bestehen.

Aber es kommt noch schlimmer. Der General drohte nunmehr Bremer mit dem Ausschuß und verlangte von ihm bedingungslose Unterwerfung, ohne daß Bremer jemals die Gründe für seine Verurteilung erfahren hatte. Bremer unterwarf sich nicht, die Korrespondenz zwischen ihm und dem General artete in eine Schimpferei aus; das ging so mehr als zwei Jahre lang, ohne daß der General irgend etwas unternahm, um seine Drohung wahr zu machen. Dann folgten neue Anklagen wegen Veröffentlichung von Dokumenten ohne vorherige Erlaubnis. Beschwerde Bremers beim Papst. Keine Antwort.

Im Jahre 1927 folgte die Forderung von seiten des Oberen des Klosters Valkenburg, daß Bremer seine gesamte eingehende und ausgehende Korrespondenz dem Leiter des Klosters zur Kontrolle vorlege, obgleich nach den Regeln des Jesuitenordens diese Einschränkung der Freiheit nur für die Noviziaten während der Probezeit zulässig ist. Bremer protestierte wiederum und verweigerte auch hier den Ge-

horsam. Man erklärte ihn für suspendiert — aber erlaubte ihm doch, weiterhin die Messe abzuhalten. Eine bemerkenswerte Unsicherheit, die auch die entschiedensten Gewalt herrscher von Zeit zu Zeit befällt, wiederholte sich hier immer von neuem. So wurde der von Bremer erwartete Prozeß wegen Ungehorsams lange Zeit aufgeschoben. Zu wiederholten Malen wurden Bremer Anklagen zugestellt, die er ablehnte, weil sie Formfehler enthielt, woraufhin eine neue Anklage mit neuen Formfehlern erschien.

Schließlich entschloß Bremer sich, nach Rom zu reisen, um seinen Fall dort selber in Ordnung zu bringen. Dazu stand ihm nach dem Kanon und den Regeln des Jesuitenordens das Recht zu. Aber seine Oberen verweigerten ihm die Erlaubnis; sie stellten ihm keinen Reiseschein aus, sie gaben ihm weder Geld noch Kleidung zur Reise. Erst am Abend des 18. November 1928 gelang es Bremer mit Hilfe von Freunden, nach Rom zu kommen. Zunächst überall kühle Ablehnung. Überall weigerte man sich, Bremer zu empfangen. Als er schließlich bei verschiedenen Instanzen vorgelassen wurde — wir übergehen hier die Einzelheiten — erklärten sich alle für nicht zuständig, offenbar darum, weil der Papst selber den Befehl gegeben hatte, nichts für Bremer zu unternehmen.

Bis schließlich Bremer am 15. Februar 1929 mit einem Mal eine Urkunde erhielt, aus der hervorging, daß er aus dem Jesuitenorden ausgeschlossen sei. Und zwar trug diese Urkunde das Datum des 30. November 1928. Alle Instanzen, die Bremer im Laufe des Dezembers 1928 aufgesucht hatte, hatten ihm seinen Ausschuß verschwiegen (darunter der Jesuitengeneral selber). Ferner: Um den Formalitäten des Ausschlusses gerecht zu werden, enthielt das Dokument die Angabe, Bremer sei von den Oberen des Ordens vor seinem Ausschuß gehört worden, um seine Verteidigung zu führen, was eine glatte Unwahrheit darstellt. Uebrigens muß ein solches Ausschußurteil von der Kongregation der Mönche bestätigt werden. Diese Bestätigung, die am 9. Februar 1929 erfolgte, wurde schon in der Urkunde mit vom 30. November 1928 erwähnt! Saubere Methoden, das alles!

Bleibt noch übrig zu erwähnen, daß Bremer vor dem weltlichen Gericht in Maastricht Klage gegen den Jesuitenorden erhob. Das Gericht entschied im Jahre 1930 zu seinen Gunsten und verurteilte den Jesuitengeneral zur Annullierung des Ausschlusses und Zahlung eines Schadenersatzes an Bremer. Der General hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, die neuen Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden. Inzwischen wird Bremer aus einem Kloster nach dem anderen gejagt, nachdem er mit Hilfe der Polizei aus Valkenburg ausgewiesen wurde.

Bremer macht mit seinen vielen kanonischen und ekklesiastischen Spitzfindigkeiten auf den Leser keinen guten Eindruck. Aber man legt das Buch, das seinen Fall beschreibt, vor allen Dingen mit dem Bedauern aus der Hand, das ein Mensch so einfältig sein kann, zu meinen, man könne gegen die Autorität der Kirche mit Vernunftsgründen und mit Berufung auf Gesetze und Regeln ankämpfen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ah zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer	
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.	

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberschittiger Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kloppehauer Verlag AB. Berlin.

Der Tag vergeht, wie sie hier hinzuschwinden pflegen: unendlich langsam, aber auf einmal sind sie doch weg. Eine Art von Zeiteinteilung wird durch die Verwundeten und Toten getroffen, die mit der Trage zu holen sind. Vor oder nach solchem Dienst wird gegessen oder geschlafen, Karten gespielt oder das Hemd nach Läuse durchsucht. Der eine wäscht sich schließlich mal und der andere flickt einen Riß in der Hose. Alle aber langweilen sich, grämen sich, auch wenn sie ausnahmsweise scherzen, sind dumpf nach außen und im Innersten ewig unruhig: wie lange noch —?

Der Abend fällt ein und bringt lebhafteres Feuer da draußen, keinen Kilometer entfernt.

Die Nacht aber bringt ein Ereignis. Die übliche Trage muß hinaus. Vier Mann brechen auf. Sie holen ihren Verwundeten, der eine Halsverletzung hat, ohne daß die große Ader angeschnitten wäre. Aber er kann nur röchelnd Luft einziehen und manchmal scheint er am Ersticken zu sein. Aus einem unförmigen Verband taucht ein von höchster Not gemarterter Schädel.

Auf dem Rückweg — fern schon vom Kampfgraben — an einer Stelle des Laufgrabens, die zu flach ist, ersilt den vorderen Träger ein Hirnschuß, von einem ganz niedrig fliegenden Geschöß. Er schlägt tot zu Boden und über ihn stürzt die Trage, der ganze Transport stürzt zusammen. Auch der hintere Träger rührt sich nicht mehr. Alles liegt in der Finsternis wüst durcheinander — und liegt im Wasser. Die beiden Ablöser suchen entsetzt Ordnung zu schaffen. Sie schütteln die drei Leblosen, der Hälzdurchschossene rührt sich. Sie zerren ihn wieder auf die Bahre, aber sie können nicht weiter mit ihr, denn eine Stange ist zersplittert.

So rennen sie, um Hilfe zu holen, auf den Verbandplatz und alarmieren dort. Wie nun drei neue Gruppen hinauskommen, haben sie einen tief Bewußtlosen und zwei Tote zu bergen. Denn auch der mit der Halsverletzung lebt nicht mehr. Er liegt mit dem Gesicht im Wasser. Vielleicht hat er allein weiter wollen, vielleicht ist er dabei von der Bahre gekollert und ertrunken.

Als man dem Stabsarzt meldet, was geschehen ist — er braucht sich um den Bewußtlosen nicht zu kümmern, den hat der Unteroffizier wieder ins Dasein geholt — sagt er zu Funk mit steifen Raubvogelgauen und heiserer Stimme: „Der Herrgottssakramentskrieg, der ganz elende.“ Weiter nichts. Aber er horcht unruhig in die Nacht.

Und hat am nächsten Tag endgültig genug von dieser aufdringlichen Nähe des Krieges und vom Verbandplatz. Er läßt zusammenpacken. Drei jener Feldkessel nimmt er mit. Er versteht in ihnen handbemalte Porzellanplatten, die er in einem Winkel des Bauerngehöftes aufgestöbert hat, und hängt damit seinen Burschen.

Ehe noch der Arzt, den er an seine Stelle durch Ordonnanz herausbeordert hat, richtig eingetroffen ist, das heißt, sobald er ihn von weitem anmarschieren sieht, rückt er ab, in Begleitung Funks.

15.

Ein Wechsel zieht den anderen nach sich. Auch der Kommandeur hat genug. Aber er geht nicht in den Tod wie Dr. Nohl, er geht auf irgendeinen Posten der Etappe. Das ist das Richtige, nicht die Heimat; in der Etappe bekommt man weiter Kriegslöhne und lebt doch als Herrgott in Belgien.

Zwar hier in Fournes hat er ja auch nicht schlecht gelebt, der Oberst Lang. Die weiße Gartenvilla ist gut erhalten, in der er mit seinem Stab gehaust hat. Die läuferbelegten Treppen, die teppichbelegten Zimmer sind schön durchheizt, man kann von üppigem Hausrat und von Vornehmheit reden, ohne die völlig ausgeraubten, verlotterten, selbst der Holzböden entkleideten Häuser gleich nebenan, die zu Truppenunterkünften dienen, als Vergleich heranzuziehen. Ihnen fehlen manchmal sogar weggestohlen die Türen, mit

denen man Feuer gemacht hat; da und dort angeschossen, sind sie zugig; die Decke ist durchgebrochen und der Bruch kümmerlich mit Holzwohle verstopft. Duster ist es, denn fehlende Scheiben sind durch Pappdeckel ersetzt. Gewiß sind bei Beschießungen auch in der Villa des Kommandeurs Fenster zerplatzt, aber man hat sich dort besser zu helfen gewußt: man hat eben neues Glas aus den Häusern geholt, die dann mit Pappdeckeln „verglast“ worden sind.

Das wäre das wenigste, Oberst Lang war unbeliebt aus anderen Gründen. Die unverschämte bessere Lebensführung des Offiziers hat der deutsche Soldat lange geduldet, ohne aufzumucken. Er mußte erst ganz erschöpft und ausgeplündert sein, ehe er deutlich begriff, welche Dreistigkeit, welcher Hochmut, welch unkameradschaftliche Gier darin lag, selber gebratenes Fleisch vom weißen Teller zu essen und den anderen Rübenmarmelade aus dem Blech des Feldkessels futtern zu lassen — den anderen, der körperlich die größere Leistung vollbrachte und die kräftigste Nahrung verdient hätte.

Lang blieb nicht deshalb ohne Sympathien, weil er lebte im Rahmen eines herrschaftlichen Bürgerhauses. Sondern es wurde mehr und mehr abfällig gesprochen unter den Leuten, weil er als Feigling galt. Keiner gebrauchte den Ausdruck Feigling, nicht einmal in Gedanken. Aber nichts schadete ihm so wie das, daß er nie in die vorderste Linie ging. Niemals, auch in den ruhigsten Zeiten, an harmlosesten Tagen nicht. Er besuchte nicht einmal die Regimentsbefehlsstelle, die immer noch einen guten Kilometer hinter dem Kampfgraben lag. Er drang über Fournes hinaus nach vorn nicht vor.

Er ging umher in den Quartieren. Er beanstandete, wenn ein Gewehr nicht ausgerichtet an der Wand hing, wenn ein Feldkessel ohne Deckel da stand oder mit ungleich dicken Riemen an den Tornister geschnallt war. Er ritt in die Ruheunterkünfte, die rückwärts gelegenen. Er hielt jeden zweiten Mann auf der Straße an: ein Knopf war nicht fest genug genäht, die Achselklappe saß schief, die verhaßte Halsbinde fehlte gar ganz. (Fortsetzung folgt.)

